

# Wirtschaftspolitische Informationen 5/2009

ver.di Bundesvorstand Berlin -  
Bereich Wirtschaftspolitik – September 2009  
[www.wipo.verdi.de](http://www.wipo.verdi.de)



# Markt radikal

## Die FDP will noch mehr davon

<b>Hungerlohnpartei.....</b>	<b>2</b>
<b>100 Milliarden weniger für öffentliche Leistungen .....</b>	<b>3</b>
Einkommensteuer – höchste Entlastung für Großverdiener .....	4
Neues Steuerrecht für Familien? .....	5
Steuern für Unternehmen noch weiter runter .....	5
Kopfpauschale bei Kranken- und Pflegeversicherung .....	6
Wer ist der Stärkste? .....	7
<b>Gegenfinanzierung? Kahlschlag!.....</b>	<b>7</b>

## Hungerlohnpartei

Menschen sollen für weniger als fünf, vier oder gar nur zwei Euro pro Stunde arbeiten. Das schreibt natürlich keine Partei in ihr Wahlprogramm. Genau das aber kommt heraus, wenn Front gegen den gesetzlichen Mindestlohn gemacht wird.

Am radikalsten gegen jegliche Form von Mindestlöhnen ist die FDP. Gebetsmühlenartig wiederholen FDP-Politiker die Vorurteile gegen den Mindestlohn, die längst widerlegt sind:<sup>1</sup> Er gefährde Arbeitsplätze und sei ein staatliches Lohndiktat, vor dem die Tarifautonomie geschützt werden müsse. Die FDP wettet nicht nur gegen den gesetzlichen Mindestlohn, sondern auch gegen die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen. Wo es für die Beschäftigten und Arbeitgeber günstiger sei, müsse vom Tarifvertrag abgewichen werden können. Laut FDP-Wahlprogramm „können auch ein geringerer Lohn oder eine längere Arbeitszeit“ günstiger sein.<sup>2</sup>

Die FDP will selbst die zaghafte bisherigen Vereinbarungen der großen Koalition zu Mindestlöhnen wieder zurückdrehen.

Im Klartext heißt das: Selbst die bestehenden Mindestlohn-Regelungen durch Ausweitung des Entsendegesetzes und der Allgemeinverbindlichkeit sollen zurückgedreht werden. Die bisherigen Vereinbarungen der großen Koalition zu Mindestlöhnen müssten „bei möglichen Koalitionsverhandlungen sicher wieder auf den Tisch kommen“, sagte der stellvertretende FDP-Vorsitzende Rainer Brüderle.

Tarifautonomie und Mitbestimmung müssen nicht vor „staatlichen Lohndiktaten“, sondern vor der FDP geschützt werden. Sie sieht darin vor allem einen Kostenfaktor.

*Die Ausweitung der Funktionärsmitbestimmung hat den Mittelstand mit zusätzlichen Kosten in Millionenhöhe überzogen. Die Kosten der betrieblichen Mitbestimmung müssen begrenzt, die gesetzlich vorgegebene Zahl der Betriebsratsmitglieder deutlich reduziert werden.*

FDP-Wahlprogramm

Konkret will die FDP einen Betriebsrat erst in Betrieben mit 20 statt wie bisher mit fünf Beschäftigten. Zudem müssen 50 Prozent der Beschäftigten mit der Wahl eines Betriebsrats einverstanden sein. Die Freistellung von Betriebsrätinnen und Betriebs-

<sup>1</sup> Siehe: Topf schlagen. Neue Studie: Die üblichen Mindestlohn-Gutachten taugen nichts! Wirtschaftspolitische Informationen 4/2008 und ver.di, Mindestlohn. Gegen Arbeit in Armut, Reader 2009.

<sup>2</sup> Die Mitte stärken. Deutschlandprogramm 2009, Programm der Freien Demokratischen Partei zur Bundestagswahl 2009

räten soll es erst in Betrieben ab 500 Beschäftigten geben. Bisher liegt die Grenze bei 200 Beschäftigten.

Die IG Metall hat ausgerechnet, dass allein in Nordrhein-Westfalen in ihrem Organisationsbereich 1.000 Betriebsräte ihren Anspruch auf Freistellung verlieren würden.

*1.000 unserer Betriebsräte in NRW sollen in ihrem Einsatz für sichere Arbeitsplätze ausgebremst werden. Die FDP will ihnen den Freistellungsanspruch nehmen*

Oliver Burkhard, IG Metall Bezirksleiter Nordrhein-Westfalen

Auch der Kündigungsschutz müsse „beschäftigungsfreundlicher“ werden. Kündigung schafft Beschäftigung – eine völlig verquaste Logik, an die wir uns trotz unentwegter Behauptungen der Arbeitgeberlobby nie gewöhnen dürfen! Wenn es nach der FDP geht, soll es Kündigungsschutz erst für Betriebe ab 20 Beschäftigten geben. Außerdem sollen Beschäftigte schon bei Abschluss des Arbeitsvertrags auf Kündigungsschutz verzichten können. Stattdessen sollen sie für den Kündigungsfall eine Abfindung oder die Finanzierung einer Weiterbildung vereinbaren können.

Massiv ausweiten will die FDP Minijobs. Fast 90 Prozent der Beschäftigten mit Minijob arbeiten im Niedriglohnbereich – zwei Drittel davon Frauen. Die Einkommensgrenze soll von bisher 400 auf 600 Euro erhöht werden. Das würde noch mehr Jobs in den Hungerlohnbereich verschieben.

Die Tarifbindung ist seit 1998 um über zehn Prozentpunkte zurückgegangen: Von 63 auf nur noch 54 Prozent in Ostdeutschland und von 76 auf 63 Prozent in Westdeutschland. Der Niedriglohnsektor ist von 15 auf 22 Prozent gestiegen. Und trotzdem will die FDP die Menschen immer weiter ihres Schutzes berauben.

## **100 Milliarden weniger für öffentliche Leistungen**

Den Staat will die FDP ebenfalls grundlegender Funktionen berauben. Um rund 100 Milliarden oder fast 20 Prozent würden die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden sinken. Auf diese Größenordnung summieren sich per Saldo die steuerpolitischen Forderungen der FDP. Ein Problem sei das nicht, denn im Wahlprogramm wird einfach behauptet: „Der Staat hat kein Einnahmeproblem, er hat ein Ausgabenproblem. Der Spielraum für Entlastungen als Impuls für mehr Wachstum und Beschäftigung und eine umfassende Steuerstrukturreform ist da.“

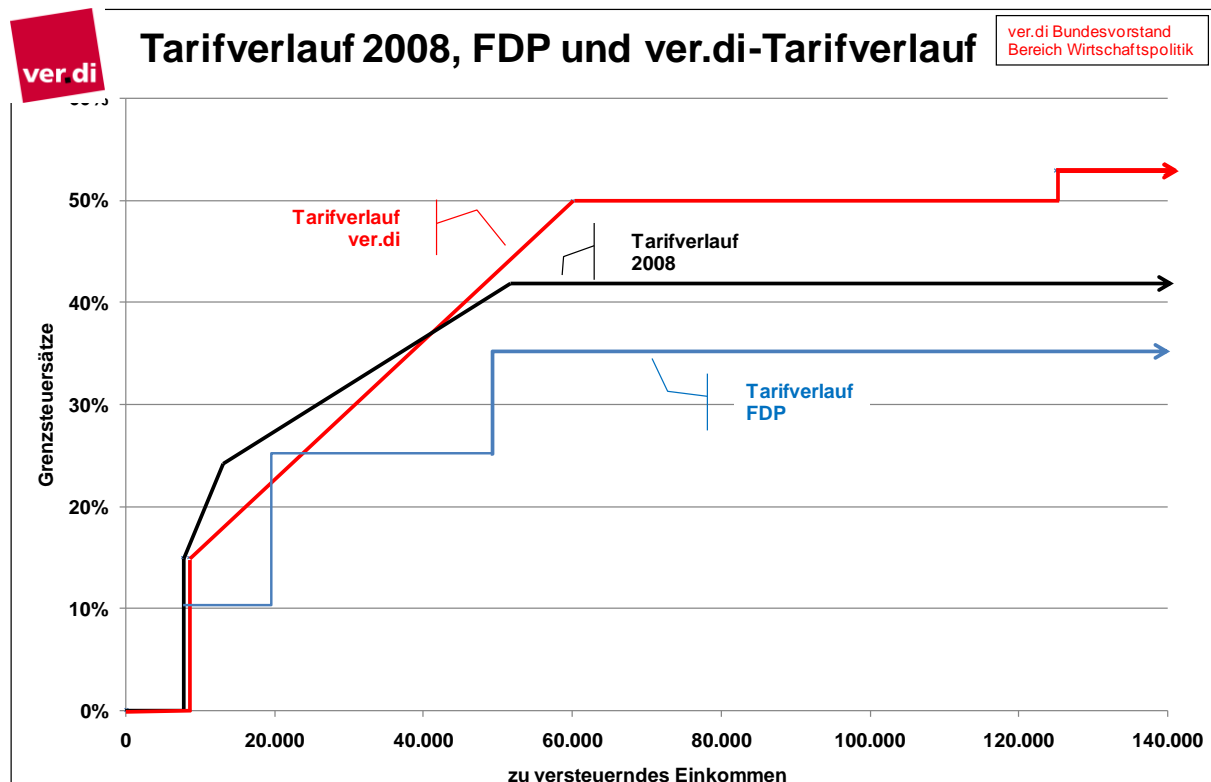
## Einkommensteuer – höchste Entlastung für Großverdiener

Die FDP will bei der Einkommensteuer einen „einfachen und verständlichen“ Stufen- tarif. Der Professor aus Heidelberg, Paul Kirchhof, lässt grüßen. Einfach an diesem Tarif ist: Je höher das Einkommen desto höher die Entlastung.

Das Stufenmodell sieht eine Steuerbelastung in drei Stufen vor: 10, 25 und 35 Prozent. Der Grundfreibetrag beträgt 8.004 Euro im Jahr. Diesen Betrag hat die Bundesregierung bereits im Konjunkturpaket II ab 2010 beschlossen. Bis zu diesem Betrag sind keine Steuern zu zahlen. Vom 8.005ten Euro bis 20.000 Euro zu ver- steuerndem Einkommen werden 10 Prozent Steuern erhoben, von 20.000 bis 50.000 Euro 25 Prozent und für alle Einkommensteile über 50.000 Euro 35 Prozent. Eine Reichensteuer ist nicht vorgesehen. Millionäre erhalten bei diesem Konzept ein gigantisches Steuergeschenk von über 90.000 Euro.

Nach dem rot-grünen Steuergeschenk von 100.000 Euro für jeden Einkommensmillionär will die FDP noch einmal soviel verschenken.

Die Steuerausfälle des FDP-Konzepts betragen nach Schätzungen des *Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung* mindestens 60 Milliarden Euro.



Für weitere Steuerausfälle sorgt eine Vereinfachung der Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung: Die FDP will das Bankgeheimnis ausweiten. Zusätzlich soll für Steuerberater und Wirtschaftsprüfer bei staatlichen Ermittlungsmaßnahmen ein umfassendes Beweiserhebungs- und -verwertungsverbot garantiert werden.

### **Neues Steuerrecht für Familien?**

Für Familien kündigt die FDP ein „neues, leistungsgerechtes Steuerrecht“ an. Sie erweckt den Eindruck, als sei es geradezu revolutionär. Familien würden besonders entlastet, weil der Grundfreibetrag von 8004 Euro auch für jedes Kind gelten soll. Bei einer vierköpfigen Familie würden so schon aufgrund der Freibeträge gut 32.000 Euro steuerfrei bleiben. Viele Familien müssten deshalb keine Steuern mehr zahlen.

Tatsächlich bleibt die FDP beim bisherigen Modell. Auch heute gibt es Freibeträge für Kinder. Sie liegen bei 6.024 Euro im Jahr, also knapp 2.000 Euro niedriger als bei der FDP-Forderung. Für Eltern mit geringerem Einkommen ist es günstiger, Kindergeld zu beziehen. Die FDP will es von heute 164 auf 200 Euro erhöhen. Die Erhöhungen kosten bis zu zehn Milliarden Euro.

Auf den ersten Blick mag eine Kindergelderhöhung positiv erscheinen. Tatsächlich bedeuten die Vorstellungen der FDP eine dramatische Verschlechterung für Familien. Sie werden viele Frauen wieder an Heim und Herd ketten. Denn was haben Eltern von 200 Euro Kindergeld, wenn die Kita kostenpflichtig wird oder überhaupt nur noch teure private Kinderversorgung im Angebot ist? Wer kann sich Kinderbetreuung dann noch leisten?

### **Steuern für Unternehmen noch weiter runter**

Die letzte „Reform“ der Unternehmensbesteuerung trat 2008 in Kraft. Der Steuersatz, den Aktiengesellschaften und GmbHs zahlen – der Körperschaftsteuersatz – wurde noch einmal von 25 auf nur noch 15 Prozent gesenkt. Experten schätzen die jährlichen Steuerausfälle daraus auf mindestens zehn Milliarden Euro. Damit die Ausfälle nicht noch höher werden, wurden Maßnahmen zur teilweisen Gegenfinanzierung beschlossen. Diese Maßnahmen bezeichnet die FDP jetzt als „Fehler der Unternehmenssteuerreform 2008“, die beseitigt werden müssten. Im Ergebnis würden die Möglichkeiten, Gewinne für die Besteuerung klein zurechnen, wieder ausgeweitet.

Seit dem Jahr 2000 wurden den Unternehmen durch Steuer-senkungen insgesamt über 200 Milliarden Euro geschenkt.

Überraschender Weise will die FDP den Körperschaftsteuersatz wieder auf 25 Prozent anheben. Für die Unternehmen wird es allerdings trotzdem nicht teurer, weil die Gewerbesteuer abgeschafft werden soll. Die Kommunen müssen künftig sehen, woher sie die nötigen Finanzmittel bekommen. Dazu sollen sie „die Freiheit“ erhalten, kommunale Zuschläge auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer zu erheben. Per Saldo wird es zu einer massiven steuerlichen Entlastung der Unternehmen und einer Mehrbelastung der Menschen kommen.

Unabhängig von der Rechtsform soll für Unternehmen ein zweistufiger Steuertarif von 10 und 25 Prozent gelten. Die dritte Stufe des Einkommensteuertarifs von 35 Prozent gilt also nicht für Unternehmer. Insgesamt würden die Vorstellungen der FDP zur Unternehmensbesteuerung zu weiteren Steuerausfällen in zweistelliger Milliarden Euro Höhe führen.

Gesenkt werden soll laut FDP-Konzept auch der Umsatzsteuersatz auf Energie von 19 auf sieben Prozent oder alternativ die so genannte Ökosteuern. Hierdurch würden vor allem energieintensive Unternehmen begünstigt. Und das im Angesicht der drohenden Klimakatastrophe! Die Senkung würde weitere gut zehn Milliarden Euro Steuerausfälle zur Folge haben. Für Hotellerie und Gastronomie sollen reduzierte Mehrwertsteuersätze eingeführt werden – Kosten: nochmals knapp vier Milliarden Euro.

### **Kopfpauschale bei Kranken- und Pflegeversicherung**

In der Kranken- und Pflegeversicherung will die FDP von der solidarischen Versicherung hin zur Kopfpauschale. Die Kosten für die Krankenversicherung der Kinder sollen aus Steuermitteln finanziert werden. Auch diejenigen, die sich eine Krankenversicherung nicht leisten können, sollen aus Steuermitteln finanzielle Unterstützung erhalten. Zur Pflegeversicherung sollen Geringverdienende ebenfalls Steuerzuschüsse erhalten. Eine ergänzende private Vorsorge für den Pflegefall soll über entsprechende Regelungen im Steuerrecht gefördert werden.

Die steuerfinanzierten Zuschüsse zu den Beiträgen für Kranken- und Pflegeversicherung werden den Bund je nach Ausgestaltung Milliarden kosten. Entlastet werden Unternehmen bei den nicht mehr lohnbezogenen und insgesamt geringeren Arbeitgeberbeiträgen sowie ein kleiner Teil von hoch verdienenden Beschäftigten.

## Wer ist der Stärkste?

Eine weitere Verschuldung zur Finanzierung von Steuersenkungen und Mehrausgaben lehnt die FDP ab. Sie lobt ausdrücklich die Schuldenbremse<sup>3</sup>, die ihr allerdings noch nicht weit genug geht. Konsequenter Weise müsse ein prinzipielles Neuverschuldungsverbot folgen. Die Ausgaben der Haushalte müssten sich grundsätzlich an den Einnahmen orientieren. Dabei sollen die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden autonomer und die föderalen Finanzbeziehungen „neu geordnet“ werden. Gemeint ist: Jeder soll sehen wo er bleibt.

Föderaler Wettbewerb heißt: Regionale Unterschiede werden größer.  
Wer kann, wird aus den ärmeren Gemeinden fortziehen.

Neben dem erweiterten Hebesatzrecht der Länder und Kommunen will die FDP die Erbschaftsteuer zu einer reinen Ländersteuer machen. Jedes Land soll selber entscheiden, ob und in welcher Höhe es Erbschaftsteuer erhebt. Und das Steueraufkommen wird nicht mehr über den Länderfinanzausgleich verteilt. Reiche Länder wären begünstigt und ärmere weiter geschwächt. Das im Grundgesetz verankerte Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse wird immer weniger erreicht.

## Gegenfinanzierung? Kahlschlag!

Bei der Frage nach der Gegenfinanzierung verweisen FDP-Politiker in Diskussionsveranstaltung regelmäßig auf das „Liberale Sparbuch“. Jährlich durchforstet die FDP den Bundeshaushalt auf Kürzungsmöglichkeiten und präsentiert eine Liste von 400 Kürzungsmöglichkeiten. Selbst wenn man alle für möglich hält, kommen dabei nur Einsparungen von zehn Milliarden Euro zusammen.

Im Wahlprogramm werden weder die Kosten der vielfältigen Steuergeschenke noch Vorschläge zur Finanzierung genannt. Allgemein heißt es: „Eine gerechte Steuer muss auf Ausnahmen und Sonderregelungen für Einzelfälle weitestgehend verzichten. Pauschalen ersetzen die heute nur mit komplizierten Nachweisen und hohem bürokratischem Aufwand zu verwaltenden Individualvorschriften.“ Welche „Ausnahme- und Sonderregelungen“ gemeint sind, sagt die FDP nicht. Ein Dorn im Auge ist ihr aber zum Beispiel schon immer die Steuerfreiheit von Nacht-, Sonn- und Feier-

---

<sup>3</sup> Zur Schuldenbremse siehe Wirtschaftspolitische Informationen 5/2008 [http://wipo.verdi.de/wirtschaftspolitische\\_informationen](http://wipo.verdi.de/wirtschaftspolitische_informationen) und „Investitionen in die Zukunft statt Schuldenbremse“, <http://wipo.verdi.de/dokumente>

tagszuschlägen. Die Abschaffung der Pendlerpauschale wurde früher ebenfalls stets gefordert.

Mehr Netto vom Brutto, wenn Pendlerpauschale und steuerfreie Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschläge wegfallen?

Absetzbar sollen nur noch Werbungskosten sein, die mit wirtschaftlicher Betätigung in Zusammenhang stehen – das heißt, die bei Unternehmern und Freiberuflern anfallen. Für Beschäftigte werden alle berufsbedingten Kosten durch eine Pauschale berücksichtigt. Abziehbar sind für sie ansonsten nur noch Beiträge zu sozialen Sicherung bis zu Beitragsbemessungsgrenze. Über die Höhe der Pauschale wird im Wahlprogramm nichts ausgesagt. Im Vorjahr hat die FDP für Werbungskosten eine Abgeltungspauschale in Höhe von zwei Prozent genannt.<sup>4</sup> Für Durchschnittsverdienende wären das nur 600 Euro im Jahr. Heute beträgt der sogenannte Arbeitnehmerpauschbetrag 920 Euro für alle. Eine prozentuale Pauschale dagegen bedeutet eine steigende Entlastung mit steigendem Einkommen.

Kahlschlag bei der sozialen Sicherung: Minus zwölf Milliarden für die Gesundheit, minus 30 Prozent bei Hartz IV.

Wohin die Reise gehen soll, wird deutlicher, wenn einzelne FDP-Politiker auf Nachfrage sich über Kürzungsmöglichkeiten äußern. Parteichef Westerwelle ließ sich in seinem ZDF-Sommerinterview über den „verrückten Gesundheitsfonds“ aus. Zwölf Milliarden Euro Steuergelder würden dafür verbrannt. Diesen Betrag meint er also bei der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung streichen zu können. Der Berliner Spitzenkandidat Martin Lindner hat am 2. Juli 2009 im „Studio Friedman“ die Kürzung des ALG-II-Satzes um bis zu 30 Prozent gefordert. Und der Kieler FDP-Spitzenkandidat Kubicki hat sich bei der Mehrwertsteuer verplappert.

*Im Rahmen einer umfassenden Steuerreform kann es auch sein, dass Steuern steigen. Beispielsweise muss man sich unterhalten, was machen wir mit der Mehrwertsteuer im Rahmen einer umfassenden Steuerreform.*

Wolfgang Kubicki in Financial Times Deutschland, 2. September 2009

---

<sup>4</sup> Entwurf des Leitantrags zum Bundesparteitag im April 2008

Insgesamt bleiben selbst diese versteckt vorgeschlagenen Steuererhöhungen und Kürzungen im Sozialbereich weit hinter den in Aussicht gestellten Steuersenkungen zurück. Allerdings führen sie zu teilweise erheblichen Mehrbelastungen bei Beschäftigten. Und sie verschlechtern massiv die Bedingungen für Erwerbslose sowie alle, die einen wesentlichen Teil ihres Einkommens für Konsum ausgeben müssen und auf öffentliche Leistungen angewiesen sind.

